

Politische Weisungen statt fachlicher Einsicht!

Der Lücke-Plan - Muster eines schlechten Gesetzes

Von * * *

Den Sozialdemokraten wird gelegentlich vorgeworfen, sie würden sich in ihren politischen Entscheidungen und taktischen Maßnahmen vorwiegend oder nur von parteipolitischen Interessen leiten lassen. Man sagt, sie würden das Gewicht und die Bedeutung objektiver oder fachlicher Überlegungen nicht gelten lassen. Die Vorgänge um das neue Gesetz, das die Mieterhöhungen und die Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft, aber kein soziales Mietrecht bringt, haben haarscharf bewiesen, daß genau das Gegenteil zutrifft, daß aber die Bundesregierung und die Regierungspartei dabei diejenigen sind, die bei einer so entscheidenden sozialen und wirtschaftspolitischen Maßnahme nur parteipolitische Grundsätze und Erwägungen gelten lassen.

Klägliche Gegenargumente

Schon während der Ausschußberatungen und während der Beratungen im Bundestagsplenum sind zu dem Gesetzentwurf zahlreiche sachlich sehr begründete Einwände vorgebracht worden. Regierung und Regierungsparteien haben sie ohne ernsthafte Diskussion und Prüfung, ja ohne ernsthafte Bereitschaft, sie auch nur anzuhören, abgelehnt. Eine nachträgliche Lektüre der Bundestagsdebatte bestätigt, wie kläglich die Gegenargumente waren; praktisch war immer nur die Behauptung, wir wollen es einfach anders, was ja schließlich kein Sachargument ist. Oder man denke an das trostlose Ergebnis, daß das Gesetz, das, wie auch seine Überschrift gegen alle objektive Wahrheit behauptet, ein soziales Miet- und Wohnrecht zu sein, gerade in diesem entscheidenden Punkt ein Torso geblieben ist, in dem ohne Berücksichtigung aller Sach Einwände nur zwei Kündigungsparagraphen stehen geblieben sind. Von einem sozialen Mietrecht kann auch nicht im Geringsten gesprochen werden. Oder man denke an die sozialen Ungerechtigkeiten und an die völlig ungleiche Behandlung, die jetzt gegen alle Vernunft und Gerechtigkeit bei den Mietbeihilfen eingeführt wird, worüber man wirklich nur noch kopfschüttelnd staunen kann: die am schwersten und bedrücktesten mit hohen Mieten belasteten Bevölkerungskreise sind von Bezug der neuen Mietbeihilfen ausgeschlossen, nur weil die CDU sich seit Jahren stur weigert, die

hier maßgebenden Einkommensgrenzen neu zu bestimmen. Die Beispiele können fast beliebig vermehrt werden.

Was schon bei den Bundestagsberatungen festgestellt werden mußte, hat sich jetzt bei der Stellungnahme, die der Bundesrat zu dem Gesetz abgegeben hat, in erschütternder Weise wiederholt. Sämtliche Prekausschüsse des Bundesrates haben die Schwächen und manche gefährlich werdenden Punkte des Gesetzes herausgestellt und in rund 16 Punkten sehr konkrete Einwände erhoben. Sie haben empfohlen, deshalb den Vermittlungsausschuß anzurufen. Dabei konzentrierten sich diese ersten Experten nur auf die ihnen am wichtigsten erscheinenden Schwerpunkte, die dringend und notwendig geändert werden sollten. Man darf ja nicht vergessen, daß der Bundesrat vor einem Jahr beim ersten Durchgang in 107 Punkten teilweise sehr grundlegende Änderungen verlangt hat. Die Beratungen im Bundestag haben diese nur in ganz wenigen Punkten berücksichtigt. Die Fach- und Ressortminister der Länder haben sich überwiegend der frohlichen Meinung ihrer Fachausschüsse angeschlossen und auch ihrerseits den Standpunkt vertreten, den Vermittlungsausschuß anzurufen, um das Gesetz wenigstens in einigen Bestimmungen noch zu verändern und um die größten Mängel auszuräumen. Alle Fachexperten und Fachstellen der Länder waren in dieser Beziehung einer Meinung.

Kapitulation der CDU-Regierungen

Trotz allem entschied die Mehrheit der Länder mit den Stimmen der CDU-Regierungen gegen diese von objektiven Überlegungen und von großer Verantwortung getragenen Vorschläge der Fachleute. Das alles galt plötzlich nicht mehr, auch alles das nicht mehr, was noch vor einem Jahr in den 107 Änderungsvorschlägen niedergelegt und was inzwischen in zahlreicher Verlautbarungen als unumgänglich notwendig bezeichnet wurde. Die CDU-Regierungen der Länder kapitulierten einfach vor den parteipolitisch bestimmten Weisungen und der parteipolitischen Agitation. Das Gesetz mußte so schnell wie möglich verabschiedet werden, es sollte so schnell wie möglich aus der politischen Diskussion, aus der Presse und dem Rundfunk verschwinden. Es sollte von den betroffenen Menschen vergessen werden! Man wußte, wie kompliziert und verschoben es gemacht wurde, so muß schon deshalb nur wenige in der politischen Diskussion dagegen auftreten werden! Es mußte ein Prestigegewinn eingeholt werden, wenn er auch nur von sehr kurzer Dauer ist.

15. Juni 1960

Was ein Teil der Länder, nämlich diejenigen mit CDU-Regierungen hier gegen den sonst so oft von den Ländern beschworenen Sachverstand, gegen die sonst oft so betonte Sachobjektivität getan haben, geht in ihrer Bedeutung weit über das Gebiet der Mieterhöhungen und der Wohnraumbewirtschaftung hinaus. So deutlich wurde selten demonstriert, daß parteipolitische Grundsätze und Weisungen ebenso wie parteipolitische Taktik bei Regierung und CDU über alles gehen, auch über Sachverstand und fachliche Objektivität! Und das auch dann, wenn damit schwere soziale Ungerechtigkeiten, und eine ungleiche Behandlung der betroffenen Bevölkerungskreise mit ihren kleineren Einkommen und neue gesamtwirtschaftliche Gefahren ausgelöst werden. Das alles spielte keine Rolle und darüber kann beruhigt hinweggegangen werden, wenn nur das alleinschlagende Parteiprogramm durchgesetzt wurde. Die sozialen Folgerungen und die Verschlechterung der Lebensverhältnisse von über sieben Millionen Familien waren demgegenüber gar nicht wichtig.

Auswirkungen auf die Innenpolitik

Daß gerade die CDU-regierten Länder dieses politische Faktum bestätigen mußten, macht das Ereignis besonders bedeutsam. Nur die Länder Bremen, Berlin, Hamburg, Hessen und Niedersachsen, also die Länder mit sozialdemokratisch geführten Regierungen haben die erarbeiteten Sachverwägungen und die objektiv ermittelten fachlichen Überlegungen vor und über die Parteipolitik gestellt! Sie sind damit unterlegen, so wie auch die Sachargumente der SPD-Opposition im Bundestag der CDU-Parteipolitik zum Opfer fielen. Dieser Vorgang darf nicht so schnell vergessen werden. Sicherlich nicht so schnell, wie die CDU es gerne möchte. Es wird festzustellen sein, daß die Länder Baden-Württemberg, Bayern, Nordrhein-Westfalen, Rheinland und Saarland sowie Schleswig-Holstein unverändert für das Mietschutzgesetz mit allen seinen sozialen Mängeln eingetreten sind und es nicht für nötig gehalten haben, über die Anrufung des Vermittlungsausschusses wenigstens noch einige der sozialen Mängel und Ungleichheiten auszusprechen.

De Gaulle, der Algerienkrieg und die Gewerkschaften

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Die Rede des Staatspräsidenten de Gaulle am Dienstagabend beleuchtete die beiden wichtigsten Probleme der französischen Politik: Algerien und die sozialen Spannungen. Es ist kein Zufall, daß de Gaulle den größten Teil seiner Ausführungen sogar den wirtschaftlichen und sozialen Fragen widmete. Seit einigen Wochen wird in Gewerkschaftskreisen immer häufiger darauf hingewiesen, daß die finanzielle Belastung Frankreichs durch den Algerienkrieg die Lösungen der wirtschaftlichen und sozialen Fragen fast unmöglich mache. Bei den zahlreichen Streiks und Protestdemonstrationen der Arbeiterschaft gegen die Preiserhöhungen kam immer stärker zum Ausdruck, daß die Wurzel des Übels der Algerienkrieg sei. Daher wohl das Bemühen de Gaulles, der Nation Hoffnung auf eine baldige Beendigung des Algerienkrieges zu geben. Das erste Echo bei den Aufständischen in Afrika auf die Rede des Staatspräsidenten ist nicht ungünstig. Es bleibt jedoch abzuwarten, ob de Gaulle nicht wieder Schwierigkeiten bei den in Algerien ansässigen Franzosen und den Militärs bekommen wird, denn gerade die Ankündigung seiner Verhandlungsbereitschaft mit den Aufständischen hatte bisher zu den stärksten Spannungen zwischen dem Staatspräsidenten und seinen früheren Anhängern geführt.

Wirtschaftliche Gründe bei den Streiks unbestritten

Seit Anfang Juni ist die zweite Massenstreikwelle über Frankreich hinweggegangen; nach dem Eisenbahner-Streik haben über eine Million Staatsangestellte die Arbeit eingestellt. Dazwischen liegen zahllose Teilstreiks in allen Städten und Industrien. Und schon naht die dritte Welle, wahrscheinlich größer und wichtiger als die beiden ersten, wenn die Regierung sich nicht doch noch zum Nachgeben entschließt und dem dringenden Ruf nach Hebung der Kaufkraft Folge leistet.

Niemand bestreitet in Frankreich das Sinken der Kaufkraft, insbesondere bei den Staatsangestellten. Der konservative "Figaro" stellt die "paradoxe" Tatsache fest, daß die Aufgaben des neuen französischen Staates ständig wachsen, die materielle Stellung der grossen Mehrheit der Angestellten dieses Staates aber nicht besser wird, sondern sich im Vergleich zu den Arbeitnehmern in anderen Berufszweigen noch verschlechtert. Unter diesen Umständen ist es nicht erstaunlich, daß auch ausgesprochen gemäßigte und konservative Verbände, wie der Beamtenbund, die Streikbewegung billigen. Und das erklärt auch, warum die Regierung auf Zwangsmaßnahmen verzichtet. Zu wirklichen materiellen Zugeständnissen konnte sie sich aber bis zur Stunde noch nicht aufraffen.

Rollentausch

Es ist interessant, daß die Freien Gewerkschaften sozialistischer Richtung ("Forces Ouvrières") in den letzten Streikbewegungen eine aktivere und "radikalere" Rolle spielen, als die kommunistisch

orientierte CGT. Das gilt nicht nur für die Staatsangestellten, bei welchen die FO die stärkste Gewerkschaft ist, sondern auch für bestimmte Metallbetriebe in der Provinz, wo die CGT die Mehrheit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in ihren Reihen hat. Die Haltung der christlichen Gewerkschaften ist verschieden, oft sind aber auch sie "radikaler" als die CGT.

Dieser unerwartete Rollentausch hat mehrere Gründe. Er war politisch immer unabhängiger als andere Gewerkschaften. Seit der Ausschaltung der früheren pro-gaullistischen Führung sind in diesem Gewerkschaftsbund jüngere Kräfte ans Ruder gekommen. Der christliche Gewerkschaftsbund hingegen ist weitgehend durch den Arbeitsminister Bacon und den Verkehrsminister Bureau belastet, die beide der MRP angehören.

Gewerkschaftsdiskussionen über Taktik

In der CGT schließlich hat sich seit einiger Zeit ein müßiger Einfluss geltend gemacht. Das hängt wohl auch mit der Schwere und Schwerfälligkeit dieses größten französischen Gewerkschaftsapparates zusammen. Die Tolerierungspolitik der Kommunistischen Partei Frankreichs gegenüber de Gaulle, im Zusammenhang mit der Hoffnung auf eine französisch-sowjetische Annäherung, spielt dabei gleichfalls eine Rolle. Bemerkenswert ist schließlich die neue Streiktheorie, die von CGT-Führer André Lunet entwickelt wird und in Gewerkschaftskreisen auf heftige Kritik stößt. Der Sekretär der Pariser Metallarbeiter-Gewerkschaft behauptete auf dem letzten CGT-Kongress, daß einheitliche Lohnbewegungen nicht mehr möglich seien ("wir sind nicht mehr im Jahre 1936"), weil zum Beispiel die Pariser Metallarbeiter, obwohl sich ihre Zahl seit dem Kriege verdoppelt hat (500 000 statt 250 000), in zahlreiche komplizierte Lohnkategorien zerfallen. Dieser "neuen Situation" entspreche eine "neue Taktik", nämlich die der Teilstreiks oder "grèves tournantes". Das heißt, daß einmal dieser Produktionszweig und dann wieder eine andere Abteilung der Metro-Linie die Arbeit für einen Tag oder einige Stunden niederlegt, niemals aber alle zusammen zur gleichen Zeit. In oppositionellen Kreisen der CGT wirft man der Führung vor, mit solchen Theorien "auf einen globalen Klassenkampf zu verzichten".

Ausdehnung der Streiks zu erwarten

Die letzte Entwicklung der französischen Streiks scheint jedenfalls auf eine Verbreiterung und Ausdehnung der Arbeitskämpfe hinzuweisen. Man kann auch eine weitgehend gemeinsame Formulierung der Forderungen feststellen. So einigten sich alle Gewerkschaften der Staatsangestellten auf die Forderung nach einem Mindestlohn von 450 neuen Francs. Das Einzigende in den Aktionen der verschiedenen Arbeitnehmerkategorien liegt aber nicht nur auf wirtschaftlicher Ebene, sondern auch in den politischen Umständen, auf die immer zahlreichere Gewerkschaftler hinweisen. Und hier steht - wie gesagt - die Forderung nach Beendigung des Algerienkrieges an erster Stelle.

Wenn Eisenhower nach Tokio kommt...

Von Erwin Erasmus Koch

Der Besuch Präsident Eisenhowers in Japan, und vor allem seine Vorgeschichte, läßt erkennen, wie schwierig es für uns in Europa ist, die wirkliche Stimmung der Japaner zu beurteilen. Ohne Zweifel ist das japanische Volk auch heute noch immer von tiefer Furcht vor einem Atombombenangriff erfüllt. Die Bomben, die Ende des zweiten Weltkrieges auf Hiroshima und Nagasaki fielen, können nicht aus dem Gedächtnis der Japaner ausgelöscht werden. So groß ihr Sicherheitsbedürfnis sein mag, so entscheidend ist aber auch die Frage, was aus Japan wird, wenn im Falle eines bewaffneten Konfliktes zwischen China und den USA auf japanischem Boden amerikanische Militärstützpunkte sind. Sicher denken viele Japaner, daß in einer solchen Situation von Japan nicht viel übrigbleiben würde. Bei dem Besuch Eisenhowers spielt jedoch auch der ganze Komplex des japanisch-amerikanischen Verhältnisses in den vergangenen hundert Jahren eine nicht unwesentliche Rolle.

1860 wurde ein Abkommen zwischen beiden Nationen bekräftigt. Abraham Lincoln war Präsident der jungen Republik der Vereinigten Staaten von Amerika geworden. Das Konzert der Mächte spielte mit Kanonen, Pauken und Trompeten. In "Gottes eigenem Land" tobte der Krieg der Bürger des Nordens gegen die Brüder im Süden. Über Asien loderten die Flammen des Aufstands, wie häufig vordem.

Schon um 1840 hatte England im Opium-Krieg das Tor zur kolonialen Durchdringung des Reiches der Mitte weit aufgestoßen, die Politik der "Konzessionen" in China hatte begonnen. Japan gehörte noch zu den "unexplored countries". Es hatte zwar dreihundert Jahre zuvor portugiesischen Händlern die Niederlassung auf eng begrenztem Raum erlaubt, christliche Missionare und abendländische Feuerwaffen kennengelernt, aber dann hatte es sich wieder eingekapselt. An Stelle der Nachkommen des ersten Sprösses der Sonnengöttin, des sagenhaften Jimmu Tenno, an Stelle der menschgewordenen Götter herrschten seit Generationen die Shogune, militärische Diktatoren. Zuletzt residierten diese "Reichsfeldherren" in Edo, dem späteren Tokio. Sie behüteten sorgsam die Abgeschlossenheit Jippons. Das feudale Reich wurde jäh aus seiner Abgeschlossenheit gerissen. Am 7. Juli 1853 ankerte ein amerikanisches Geschwader von vier Schiffen unter dem Befehl des Commodore Mathew Calbraith Perry im Süden der Bucht von Tokio, vor Uraga. Perry wußte, daß er sich in verbotenen Gewässern befand. Die Japaner hatten Kanonen der Portugiesen nachgebaut, ein Zeichen ihrer technischen Begabung, und bereits 1837 die "Manhattan", ein amerikanisches Kriegsschiff, gleichfalls in der

Uraga-Bay durch Granatfeuer zur Umkehr gezwungen. Perry ließ sich jedoch nicht abschrecken. Der Commodore übersandte dem Shogun neben einigen Geschenken die ultimative Botschaft, daß die Vereinigten Staaten den Abschluß eines Handelsvertrages wünschten. Jener Shogun zögerte mit seiner Antwort nicht. Er empfand dem amerikanischen Flottillen-Chef, schleunigst wieder abzusegeln. Perry antwortete hartnäckig, er werde auf Biegen und Brechen nach einem Jahr wiederkommen. Amerika wünsche, mit Japan Handel zu treiben. Der Commodore machte sein Ultimatum wahr, und der regierende "Reichsfeldherr" gab der angedrohten Gewalt nach. Am 31. März 1854 wurde zu Kanagawa, nahe Yokohama, ein Zwölf-Punkte-Vertrag abgeschlossen: Friede und Freundschaft, drei "offene Häfen" für die Amerikaner, freier Handel, Meistbegünstigung! Ein Konsul der United States durfte in Shimoda residieren und dergleichen mehr. Bald darauf ging die Autokratie der Shogune unter revolutionären Wirren zu Ende.

1860 übernahm ein Nachfahre des Sohnes der Sonnengöttin, der Tenno Kommei, die Macht. Er hielt es für opportun, zunächst den Freundschafts- und Handelsvertrag zu bestätigen. Dennoch forderten die Samurai, die Träger des Adels, das Volk zum "Jo-i" auf, zur Vertreibung der Fremden. Die Ereignisse überstürzten sich. Eine fanatische Menge brannte die unterdessen eingerichtete amerikanische Gesandtschaft nieder. Im Massaker fielen Amerikaner, Franzosen, Engländer, Holländer und Portugiesen. Wer davon kam, floh und rettete nur das nackte Leben. Japan, so schien es, würde weiter für sich allein sein. Es dauerte zehn Jahre, ehe die Dynastie ihre Herrschaft gefestigt hatte. 1870 nahm die Durchsetzung westlicher Tendenzen in Japan ihren Fortgang.

Erst 1890 wurden in Japan eine Staatsverfassung verkündet und ein Parlament einberufen. Noch weitere zehn Jahre vergingen. Die Generale des Tenno begannen die großen Eroberungen chinesischer Territorien. Der Vorstoß nach Korea leitete 1894 die Expansion ein. Japan siegte, es konnte die Insel Formosa annektieren. Aber es mußte das eroberte Porth Arthur an das Reich der Mitte zurückgeben. China verpachtete den Hafen an Rußland. Japan schloß mit England ein Militärbündnis und wagte 1904 den Angriff gegen die Seemacht des Zaren. Der Sieg von Tsushima begründete dann die Weltgeltung Jippons. Nicht zur ungeteilten Freude der Amerikaner, der Engländer und überhaupt des Westens. Vierzig Jahre später: Das atomare Bombardement der beiden großen japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki leitete eine neue Phase der Politik in Asien ein. Die Volksrepublik China manifestierte einen entscheidenden kommunistischen Sieg, Japan erhielt für die USA strategische Bedeutung.

Empfehlungen des Bundesrechnungshofes

sp - Wer sich ein bisschen in der Terminologie der Bundeshauptstadt auskennt, der weiss, welcher ärgerliche Tatbestand sich hinter dem Ausdruck "Resortegoismus" verbirgt. Es ist das eifersüchtige Wachen der Ministerien darüber, daß tunlichst kein Mann und keine Akte ihrer Kompetenz entzogen werden. Vernunft hin - Rationalisierung her: was ein Bonner Ministerium hat, das hat es.

Die Folge dieser Hauspolitik ist, daß es in manchen Bundesministerien überaus bedenkliche bürokratische Erscheinungen gibt. Es gibt Doppelarbeit, es gibt Unübersichtlichkeiten; vor allem aber: es gibt in den Bundesministerien eine Menge Verwaltungsarbeit, die in Ministerien schlechterdings nichts zu suchen hat.

Um diesem Übel zu begegnen hat der Präsident des Bundesrechnungshofes eine Reihe von Empfehlungen mit dem Ziel gemacht, daß gewisse Bundesministerien Arbeiten, die bei ihnen verrichtet werden, an das Bundesverwaltungsamt abgeben und damit in die Lage versetzt werden, sich mehr als bisher ihren eigentlichen ministeriellen Aufgaben zuzuwenden. Freilich, das sind "Empfehlungen", und es sind wahrlich nicht die ersten dieser Art, die dem mit beträchtlichem Beharrungsvermögen ausgestatteten Apparat der Bonner Ministerien unverbrietet werden. Bislang indessen ist diesen Empfehlungen ein durchschlagender Erfolg versagt geblieben; sie scheiterten nicht zuletzt an eben jenem "Resortegoismus", der in den Bundesministerien heimisch ist.

Da ersichtlich die Bundesregierung nicht sonderlich erpicht darauf ist, ihren Apparat nach den Gesetzen der Vernunft und der Sparsamkeit zu organisieren, sollte das Parlament umso mehr die Frage prüfen, was aus den Anregungen des Präsidenten des Bundesrechnungshofes wird. Zum mindesten das Parlament sollte nicht zulassen, daß der Beschluss, ein Bundesverwaltungsamt zu errichten, zum Narce wird, weil die Bundesministerien aus kleinalichen und bisweilen sogar peinlichen Gründen nicht bereit sind, eine Flurbereinigung der Bundesbürokratie zuzulassen.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel